

Fernunterrichtsangebote:

ZAR-Journal vom 2. Juni 2022

Arbeitsrecht:

- Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit
- Arbeitszeit, Teilzeit, Befristung und Urlaub im Arbeitsrecht
- Fachreferent/in für Arbeitsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für arbeitsrechtliche Spezialgesetze (IHK)
- Mutterschutz und Elternzeit im Arbeitsrecht

Fachübergreifende Rechtslehrgänge:

- Rechtsassistent/in (IHK)
- Rechtsreferent/in (IHK)

Zivil- und wirtschaftsrechtliche Lehrgänge:

- Fachreferent/in für Versicherungsvertragsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Wirtschaftsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzrecht

Öffentliches Recht:

- Kommunalrechtsassistent/in
- Fachreferent/in für Rechtsanwaltsvergütungsrecht

Inhalt (in der Überschrift klicken)

1. Gesetzgebung: Bundesregierung informiert über gesetzliche Neuregelungen ab Juni 2022 1
2. Schadensersatzrecht: BGH verneint Erstattung der Umsatzsteuer für Reparaturkosten bei fiktiver Abrechnung 2
3. Fahrerlaubnisrecht: Nach OLG Frankfurt/M. kann drohender Arbeitsplatzverlust Fahrverbot entgegenstehen 2
4. Verfassungsrecht: Einrichtungsbezogene Corona-Impfpflicht ist nach BVerfG verfassungsgemäß 2
5. Vertragsrecht: BGH verurteilt Fitnessstudio bei coronabedingter Schließung zur Beitragsrückzahlung 3
6. Arbeitsrecht: Nach BAG muss Arbeitnehmer Überstunden nachweisen 3
7. Strafrecht: BGH bestätigt Verurteilung wegen zweifachen Totschlags in Prozess ohne Leichen 3
8. Sozialrecht: Nach BSG sind Kosten für Ersatzbeschaffung einer Waschmaschine aus Sozialhilfe anzusparen 4
9. Medienrecht: Nach OLG Frankfurt/M. muss Influencerin Instagram-Post mit Tap-Tag als Werbung kenntlich machen 4
10. Insolvenzrecht: Mindestlohn ist nach BAG nicht gegen Insolvenzanfechtung gesichert 4

Gesetzgebung: Bundesregierung informiert über gesetzliche Neuregelungen ab Juni 2022

Die Bundesregierung gibt auf ihrer Homepage einen Überblick u.a. über die zum 01.06.2022 in Kraft tretenden Entlastungspakete I und II (mit u.a. der temporären Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe und dem 9-Euro-Ticket), die die finanziellen Folgen des Energiepreisanstiegs für Bürgerinnen und Bürger mindern sollen. ...

Quelle: Bundesregierung

[mehr](#)

[nach oben](#)

Schadensersatzrecht: BGH verneint Erstattung der Umsatzsteuer für Reparaturkosten bei fiktiver Abrechnung

Wählt ein Unfallgeschädigter den Weg der fiktiven Schadensabrechnung, kann er keinen Ersatz von Umsatzsteuer verlangen. Dies gilt nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs vom 05.04.2022 (Az.: VI ZR 7/21) auch für den Fall einer Teilreparatur, bei der tatsächlich Umsatzsteuer angefallen ist. Eine Kombination fiktiver und konkreter Schadensberechnung sei insoweit nicht zulässig. ...

Quelle: Bundesgerichtshof

[mehr](#)

[nach oben](#)

Fahrerlaubnisrecht: Nach OLG Frankfurt/M. kann drohender Arbeitsplatzverlust Fahrverbot entgegenstehen

Das Überschreiten der zulässigen Höchstgeschwindigkeit um mindestens 41 km/h indiziert grundsätzlich die Verhängung eines Fahrverbots von einem Monat. Davon kann nur abgesehen werden, wenn Anhaltspunkte für eine außergewöhnliche Härte vorliegen. Der Verlust des Arbeitsplatzes kann im Einzelfall eine solche unverhältnismäßige Härte darstellen. Dies bedarf jedoch der ausführlichen Begründung und Darlegung der zugrundeliegenden Tatsachen. Das hat das Oberlandesgericht Frankfurt am Main mit Beschluss vom 26.04.2022 (Az.: 3 Ss-OWi 415/22) entschieden. ...-

Quelle: Oberlandesgericht Frankfurt am Main

[mehr](#)

[nach oben](#)

Verfassungsrecht: Einrichtungsbezogene Corona-Impfpflicht ist nach BVerfG verfassungsgemäß

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 27.04.2022 (Az.: 1 BvR 2649/21) entschieden, dass die Pflicht für Personal im Pflege- und Gesundheitsbereich, eine COVID-19-Schutzimpfung, eine Genesung oder eine medizinische Kontraindikation für eine Impfung nachzuweisen („einrichtungs- und unternehmensbezogene Nachweispflicht“), verfassungsgemäß ist. Zwar sei mit der Nachweispflicht ein intensiver Eingriff in Grundrechte verbunden, der Schutz vulnerabler Menschen vor Corona habe aber Vorrang. ...

Quelle: Bundesverfassungsgericht

[mehr](#)

[nach oben](#)

Vertragsrecht: BGH verurteilt Fitnessstudio bei coronabedingter Schließung zur Beitragsrückzahlung

Mit Urteil vom 04.05.2022 (Az.: XII ZR 64/21) hat der Bundesgerichtshof entschieden, dass die Betreiberin eines Fitnessstudios Beiträge zurückzahlen muss, die sie während der coronabedingten Schließung von einem Mitglied per Lastschrift eingezogen hat. Dem Rückzahlungsanspruch könne die Studiobetreiberin insbesondere nicht entgegenhalten, der Vertrag sei wegen Störung der Geschäftsgrundlage dahingehend anzupassen, dass die vereinbarte Vertragslaufzeit um die Zeit, in der das Fitnessstudio geschlossen werden musste, verlängert wird. ...

Quelle: Bundesgerichtshof

[mehr](#)

[nach oben](#)

Arbeitsrecht: Nach BAG muss Arbeitnehmer Überstunden nachweisen

Will sich ein Arbeitnehmer seine Überstunden bezahlen lassen, muss er erstens deren Ableistung sowie zweitens deren Anordnung oder Billigung durch den Arbeitgeber beweisen. An diesen vom Bundesarbeitsgericht entwickelten Grundsätzen habe sich auch nichts durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 14.05.2019 (Rs. C-55/18) geändert, nach dem Unternehmen die Arbeitszeit ihrer Beschäftigten zuverlässig aufzuzeichnen haben. Dies hat das Bundesarbeitsgericht mit Urteil vom 04.05.2022 (Az.: 5 AZR 359/21) entschieden. ...

Quelle: Bundesarbeitsgericht

[mehr](#)

[nach oben](#)

Strafrecht: BGH bestätigt Verurteilung wegen zweifachen Totschlags in Prozess ohne Leichen

Mit Urteil vom 04.05.2022 (Az.: 1 StR 309/21) hat der Bundesgerichtshof die Verurteilung eines Ehemannes wegen der Tötung seiner Ehefrau und seiner Stieftochter zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 14 Jahren und sechs Monaten bestätigt und festgestellt, dass sich das Landgericht trotz fehlender Leichen fehlerfrei von einem Tötungsgeschehen und von der Täterschaft des Ehemannes überzeugt habe. ...

Quelle: Bundesgerichtshof

[mehr](#)

[nach oben](#)

Sozialrecht: Nach BSG sind Kosten für Ersatzbeschaffung einer Waschmaschine aus Sozialhilfe anzusparsen

Die Kosten für die Neuanschaffung auch größerer Haushaltsgeräte (sogenannte „weiße Ware“) nach einem Verschleiß des Altgeräts sind im Regelsatz des SGB XII enthalten. Es besteht kein Anspruch auf einen einmaligen Zuschuss gegen den Sozialhilfeträger. Dies hat das Bundessozialgericht am 19.05.2022 (Az.: B 8 SO 1/21 R) entschieden. ...

Quelle: Bundessozialgericht

[mehr](#)

[nach oben](#)

Medienrecht: Nach OLG Frankfurt/M. muss Influencerin Instagram-Post mit Tap-Tag als Werbung kenntlich machen

Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main hat mit Urteil vom 19.05.2022 (Az.: 6 U 56/21) entschieden, dass eine Influencerin einen Beitrag auf Instagram, der kostenlos überlassene E-Books anpreist und jeweils mit sogenannten Tap-Tags zu den Unternehmen der Bücher verlinkt, auch dann als Werbung kennzeichnen muss, wenn er ohne finanzielle Gegenleistung erfolgt ist. Denn ansonsten könne der Durchschnittsverbraucher aufgrund der Vermischung von privaten und kommerziellen Darstellungen nicht erkennen, ob es sich um Werbung handelt. ...

Quelle: Oberlandesgericht Frankfurt am Main

[mehr](#)

[nach oben](#)

Insolvenzrecht: Mindestlohn ist nach BAG nicht gegen Insolvenzanfechtung gesichert

Mit Urteil vom 25.05.2022 (Az.: 6 AZR 497/21) hat das Bundesarbeitsgericht klargestellt, dass der gesetzliche Mindestlohn nicht gegen Insolvenzanfechtung gesichert ist und eine grundsätzliche Einschränkung der Insolvenzanfechtung verfassungsrechtlich insoweit nicht geboten ist, weil der Schutz des Existenzminimums des Arbeitnehmers durch die Pfändungsschutzbestimmungen der Zivilprozessordnung und das Sozialrecht gewährleistet werde. ...

Quelle: Bundesarbeitsgericht

[mehr](#)

[nach oben](#)

